

STEUERPOLITIK

IN KOOPERATION MIT  POLITIKMONITORING

Steuerpolitik 2014.49 vom 28.11.2014

→ TOP-ISSUES

OECD VERÖFFENTLICHT WEITERES DISKUSSIONSPAPIER ZUR VERHINDERUNG VON ABKOMMENSMISSBRAUCH (AKTIONSPUNKT 6)

Am vergangenen Freitag, den 21.11.2014 hat die OECD ein weiteres Diskussionspapier zu Aktionspunkt 6 (Verhinderung von Abkommensmissbrauch) veröffentlicht. Das Papier ergänzt den am 16.09.2014 veröffentlichten Entwurf (siehe hierzu BID Steuerpolitik 2014.39; im Folgenden: September-Entwurf).

Im September-Entwurf wurde eine Reihe von Vorschlägen zu sog. Antimissbrauchstests in Steuerabkommen unterbreitet (u. a. Limitation-on-Benefits (LOB)-Klausel und Principle Purpose Test). (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

EU-KOMMISSION VERÖFFENTLICHT ZWEI NEUE STUDIEN ZU VERMÖGENSTEUERN UND EFFEKTIVEN STEUERSÄTZEN IN DER EU

Am 20.11.2014 hat die EU-Kommission zwei neue Studien veröffentlicht. Zum einen hat das ZEW im Auftrag der EU-Kommission ein umfassendes Papier zu effektiven Steuersätzen in der erweiterten EU verfasst. Zum anderen hat Ernst & Young im Auftrag der EU-Kommission eine länderübergreifende Übersicht zu Vermögensteuern sowie Steuern auf Vermögenstransfers in der EU erstellt. Beide Studien werden im Folgenden zusammengefasst. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 5](#)

DIE SCHWEIZ UNTERZEICHNET DIE OECD-VEREINBARUNG ZUM AUTOMATISCHEN INFORMATIONSAUSTAUSCH IN STEUERSACHEN

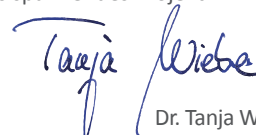
Am 19.11.2014 hat die Schweiz die sog. „Multilateral Competent Authority“-Vereinbarung unterzeichnet. Danach sollen in der Schweiz ab 2017 Daten zu Finanzkonten von Steuerpflichtigen, die in bestimmten anderen Staaten ansässig sind, gesammelt und diese ab 2018 an die betreffenden Staaten übermittelt werden (siehe hierzu u. a. BID Steuerpolitik 2014.45).

Hintergrund: <http://goo.gl/VhZDiO>

EDITORIAL

Liebe Leser,

die dieswöchige Diskussion um den Soli hat nichts Neues gebracht. Auch wenn in den Medien groß über die Forderung der von SPD und Grünen geführten Länder über seine Integration in die Einkommen- und Körperschaftsteuer berichtet wurde, so war dies seit Monaten bekannt. Auch dass die unionsgeführten Länder und verschiedene CDU/CSU-Abgeordnete zurückhaltend bis ablehnend reagieren, ist nicht verwunderlich. Schließlich war erst in der vergangenen Woche die Fortführung der Gespräche zwischen dem Bund und den Ländern zu den Finanzbeziehungen gescheitert. Dagegen nimmt das Jahressteuergesetz mit dem Namen Zollkodexanpassungsgesetz weiter seinen Lauf. Verschiedene Umdrucke liegen inzwischen vor, bergen aber keine Neuigkeiten. Gleichwohl wird spannend sein, wie sich die Länder zu dem Gesetz stellen, schließlich wurden zahlreiche Vorschläge des Bundesrates nicht aufgegriffen. Andererseits sollen verschiedene Arbeitsgruppen eingerichtet werden, wie zu § 50i EStG und §§ 20, 21 UmwStG, in denen die Vorschläge des Bundesrates geprüft werden sollen. Das könnte den Ländern vorerst reichen. Inzwischen liegt auch der Bericht des Bundesfinanzministeriums zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens vor. Er beinhaltet zahlreiche konkrete Gesetzesvorschläge und soll 2015 auf den Weg gebracht werden. Ein weiteres spannendes Projekt.



Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 2 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

CONTENT

→ TOP-ISSUES 1–14

→ OUTGOING 15

vom 22.11. bis 28.11.2014

2./3. Lesung im Bundestag zum Gesetzentwurf der Bundesregierung: Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

→ BFH-URTEILE 16–17

vom 26.11.2014

→ BMF-SCHREIBEN 18

vom 21.11. bis 27.11.2014

→ STATUS 19–28

zum 28.11.2014

Regierungsentwurf: Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften

Regierungsentwurf: Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

... sowie weitere Gesetze

→ UPCOMING 29–30

vom 29.11. bis 05.12.2014

Bundestag: 73. Sitzung u. a. mit der 2./3. Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften

Bundesrat: 911. Sitzung des Finanzausschusses u. a. mit dem Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

Stakeholder: keine steuerpolitisch relevanten Termine

DISKUSSIONSENTWURF „MODERNISIERUNG DES BESTEUERUNGSVERFAHRENS“ VERÖFFENTLICHT

Am vergangenen Freitag, den 21.11.2014 haben der Bund und die Länder ein gemeinsames Konzept zur „Modernisierung des Besteuerungsverfahrens“ vorgelegt, das auf die Optimierung und Modernisierung der Arbeitsabläufe im steuerlichen Massenverfahren abzielt. Mit dem Entwurf, der von der Arbeitsgruppe „Modernisierung des Besteuerungsverfahrens“ (AG) unter Federführung des BMF sowie der Länder Nordrhein-Westfalen und Bayern entwickelt wurde, sollen technische und organisatorische Voraussetzungen zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens geschaffen sowie rechtliche Regelungen angepasst werden. Das Papier enthält zum einen Erläuterungen und Änderungsvorschläge zur elektronischen Kommunikation zwischen den Steuerpflichtigen und den Finanzämtern und zur Optimierung der Einkommensteuerveranlagung (siehe unten 1). Zum anderen enthält das Papier Vorschläge für Gesetzesänderungen im Zusammenhang mit der Modernisierung des Besteuerungsverfahrens, insbesondere Vorschläge für Änderungen der AO (siehe unten 2). (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 8](#)

BFH-URTEILE: HINZURECHNUNG EINES „NEGATIVEN AKTIENGEWINNS“ UND DOPPELTE HAUSHALTSFÜHRUNG

1. Hinzurechnung eines „negativen Aktiengewinns“ aus der Rückgabe von Anteilsscheinen an einem Wertpapier-Sondervermögen

Der BFH hat mit Urteil vom 30.07.2014 (I R 74/12) entschieden, dass bei der Rückgabe von Fondsanteilen im Streitjahr 2002 entstandene sog. negative Anleger-Aktiengewinne bei der Gewinnermittlung eines körperschaftsteuerpflichtigen Anteilseigners nicht (außerbilanziell) hinzuzurechnen sind. Mit dieser Entscheidung bestätigt der BFH sein erst kürzlich ergangenes Urteil vom 25.06.2014 (I R 33/09). (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 13](#)

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

www.fintax-pa.de



BESTELLFAX AN 030. 290 21 11 4 -30



PROBEABONNEMENT

ODER FORMLOS PER MAIL AN MAIL@BID.AG

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für zwei Ausgaben für Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die beiden kommenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes zur Probe:

- Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- **VERKEHRSPOLITIK**
- **SICHERHEITSPOLITIK**
-

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphäre.

Weitere Informationen finden Sie unter www.monitoring.tagesspiegel.de

REDAKTION

Für Fragen steht Ihnen die Chefin vom Dienst zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser
sbj@bid.ag, 030.290 21 11 4 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Moritz Hunger, mh@bid.ag, -20

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@bid.ag, -23

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@bid.ag, -21

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@bid.ag, -20

IMPRINT

Der Tagesspiegel
Redaktion Berliner Informationsdienst
Askanischer Platz 3
10963 Berlin
monitoring.tagesspiegel.de